

14. Sitzung vom 7. April 2011

| | |
|----------------------------|--|
| Beginn der Sitzung: | 20.00 Uhr |
| Vorsitz: | Stucki René, Präsident |
| Protokoll: | Graf Arno, Sekretär-Stv. |
| Stimmzähler: | Larcher Adrian Müller Philipp Wiederkehr Irene |
| Anwesend: | 33 Mitglieder |
| Abwesend: | Bachmann Roger Florian Alfons Mounoud Cécile |
| Behördenvertreter: | Müller Otto, Stadtpräsident Balbiani Jean-Pierre, Vizepräsident Brunner Roger, Stadtrat Felber Johannes, Stadtrat Schaeren Rolf, Stadtrat Tonini Esther, Stadträtin |
| Weibeldienst: | Fw Steger Albert PS Cavalli Fabien |

Mitteilungen

- a) Rosmarie Joss hat am 3. März 2011 eine Kleine Anfrage betreffend Grundstückgewinne in Dietikon eingereicht.
- b) Cécile Mounoud hat am 8. März 2011 eine Kleine Anfrage betreffend generelle Regelung zur Plakatierung während der Wahlzeit eingereicht.
- c) Josef Wiederkehr hat am 24. März 2011 eine Kleine Anfrage betreffend Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 eingereicht.
- d) Ernst Joss hat am 24. März 2011 eine Kleine Anfrage betreffend Lärm von in der Nacht geöffneten Gaststätten eingereicht.
- e) Rolf Steiner hat am 30. März 2011 eine Kleine Anfrage betreffend Einbürgerungsaktion eingereicht.
- f) Der Stadtrat hat am 21. März 2011 anstelle des per 30. April aus dem Gemeinderat zurücktretenden Adrian Larcher Catalina Wolf-Miranda als gewählt erklärt.
- g) Zum Postulat von Peter Wettler und 12 Mitunterzeichnenden betreffend Wasserwirbelkraftwerk hat der Stadtrat am 4. April 2011 Bericht erstattet.
- h) Die nächste Gemeinderatssitzung findet am 19. Mai statt. Aufgrund der hohen Anzahl an Geschäften und der an dieser Sitzung stattfindenden Fragestunde hat das Büro des Gemeinderates

14. Sitzung vom 7. April 2011

beschlossen, voraussichtlich eine Doppelsitzung anzusetzen. Fragen, die bis am 17. Mai 2011 beim Sekretariat schriftlich eingereicht werden, werden im Rat zuerst behandelt. Die Fragen müssen kurz und präzise sein, dürfen nur einen Gegenstand zum Inhalt haben, keine Begründung enthalten und müssen ohne aufwendige Abklärungen beantwortbar sein. Es sind höchstens drei Teilfragen erlaubt.

Traktandenliste

Da Cécile Mounoud an der Gemeinderatssitzung nicht teilnehmen kann, wird das Traktandum 5 von der Traktandenliste gestrichen.

Rosmarie Joss beantragt, das Traktandum 11 als Traktandum 3 zu behandeln, da Rolf Steiner heute zum letzten Mal an einer Gemeinderatssitzung teilnimmt und er sein Postulat gerne noch begründen würde. Nachdem keine Einwände eingehen, erklärt der Ratspräsident die Traktandenänderung als genehmigt.

Es werden keine weiteren Änderungen zur Traktandenliste gewünscht.

Protokoll

Zum Protokoll der Sitzung vom 3. März 2011 wurden keine Berichtigungsanträge eingereicht.

A1.12. Initiative, Referendum, Unterschriftensammlungen

Volksinitiative "Umweltschutz konkret"

Gegenvorschlag des Stadtrates

Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat, Folgendes zu beschliessen:

1. Die Initiative "Umweltschutz konkret" wird abgelehnt.
2. Der Gegenvorschlag zur Volksinitiative "Umweltschutz konkret" wird genehmigt.

Rechtsmittel:

1. Der Beschluss unterliegt gemäss Art. 3 Gemeindeordnung dem obligatorischen Referendum.
2. Eine Gemeindebeschwerde gegen den Beschluss kann gemäss § 151 Gemeindegesetz i.V.m. § 21 ff. Verwaltungsrechtspflegegesetz (VRG) innert 30 Tagen ab amtlicher Publikation schriftlich und begründet beim Bezirksrat Dietikon eingereicht werden.

Ausgangslage

Am 15. März 2010 stellte der Stadtrat fest, dass die am 18. Januar 2010 mit 579 Unterschriften eingereichte Initiative gültig zustande gekommen ist. Der ausformulierte Entwurf des Initiativbegehrens verlangt, dass die Gemeindeordnung wie folgt ergänzt wird:

Art. 8b Abs. 1

Die Gemeinde sorgt im Rahmen ihrer Zuständigkeit für die Erhaltung der Lebensgrundlagen und für

14. Sitzung vom 7. April 2011

den schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen. Sie ist einer ökologisch, wirtschaftlich und sozial nachhaltigen Entwicklung verpflichtet.

Art. 8b Abs. 2

Sie setzt sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit ein für die Erreichung der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft, insbesondere für

a) die Förderung der Energieeffizienz und erneuerbarer Energiequellen

b) eine Reduktion des Energieverbrauchs auf 2000 Watt Dauerleistung pro Einwohner und Einwohnerin

c) eine Reduktion des CO₂-Austosses auf eine Tonne pro Einwohner und Einwohnerin und Jahr.

Im Sinne einer Übergangsbestimmung soll sich die Stadt als Ziel eine Reduktion des CO₂-Austosses auf vier Tonnen pro Einwohner und Einwohnerin im Jahr 2030 und eine Tonne pro Einwohner und Einwohnerin im Jahr 2050 setzen. Die Umsetzung dieser Inhalte ist Aufgabe des Stadtrates. Er legt spätestens zwei Jahre nach Inkrafttreten einen Massnahmeplan vor, wie das Ziel zu erreichen ist, und erstattet danach dem Gemeinderat jeweils im Rahmen des Geschäftsberichtes jährlich Bericht zum erreichten Fortschritt.

Gegenvorschlag

Der Stadtrat hat mit Beschluss vom 12. Juli 2010 entschieden, einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative "Umweltschutz konkret" auszuarbeiten und ihn bis am 18. Mai 2011 dem Gemeinderat vorzulegen.

Der Gegenvorschlag zur Volksinitiative lautet wie folgt:

I. Die Gemeindeordnung wird wie folgt ergänzt:

Art. 1 Abs. 3

Die Gemeinde ist einer ökologisch, wirtschaftlich und sozial nachhaltigen Entwicklung verpflichtet. Sie orientiert sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit am langfristigen Ziel der 2'000-Watt-Gesellschaft und setzt sich für die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energiequellen ein.

II. Die Ergänzung der Gemeindeordnung tritt mit der Genehmigung durch den Regierungsrat in Kraft.

Begründung zum Gegenvorschlag

Dietikon als Energiestadt

Der Stadtrat teilt die Meinung der Initianten, dass die Gemeinde im Rahmen ihrer Zuständigkeit für die Erhaltung der Lebensgrundlagen und für den schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen sorgen soll. Die Stadt Dietikon verpflichtet sich schon seit längerer Zeit einer ökologisch, wirtschaftlich und sozial nachhaltigen Entwicklung. Mit der Zertifizierung zur Energiestadt im Jahr 2003 sowie der erfolgreichen Rezertifizierung 2007 wurden die verschiedenen Anstrengungen der Stadt entsprechend gut bewertet. Dietikon hat sich in der Bewertung als Energiestadt kontinuierlich verbessert: von einem Energiebenchmark 56 % im Jahr 2003 auf einen Energiebenchmark von 64 % im Jahr 2007. Einige Höhepunkte in dieser Zeitspanne waren die Erarbeitung der kommunalen Energieplanung und vor allem deren konsequente Umsetzung mit der KVA-Fernwärme und der ARA-Abwärmenutzung, die Sanierung des Hallenbades, der Einbau von Holzschnitzelfeuerungen in den Schulhäusern Steinmürli und Luberzen oder die Solaranlage auf dem Schulhaus Steinmürli und natürlich das Förderprogramm für erneuerbare Energien.

14. Sitzung vom 7. April 2011

Die Integration von energetischen Verbesserungen in die ordentlichen Arbeitsabläufe in Dietikon ist gut gelungen. Gezielte Projektentwicklungen, die über die ordentlichen Anstrengungen hinausgehen, sind aber mit den heutigen Ressourcen (Personal und Finanzen) nicht zu realisieren.

Rezertifizierung 2011

Im Jahr 2011 steht eine erneute Rezertifizierung für die Energiestadt Dietikon an. Das verstärkte Ausrichten der zukünftigen Energie-Aktivitäten auf quantifizierte Zielsetzungen, wie sie im vorgeschlagenen Art. 8b Abs. 2 Gemeindeordnung der Initiative thematisiert werden, ist ein wichtiger Teil dieser bereits beschlossenen Arbeiten.

Im Rahmen der anstehenden Rezertifizierung wird erneut eine Bestandesaufnahme vorgenommen. Diese soll genutzt werden, um eine umfassende Übersicht über den Stand der Energie-Aktivitäten in Dietikon zu erhalten. Um zudem eine glaubwürdige quantitative Aussage zu Energieverbrauch und Energienutzung sowie bezüglich des Einsatzes von erneuerbaren Energien in Dietikon zu gewinnen, soll über das ganze Gemeindegebiet eine Energiebilanz erstellt werden. Diese definiert dann auch die Ausgangslage für die zu formulierenden Zielsetzungen in quantitativer Hinsicht.

Zertifizierung Energiestadt@Gold und Energiestädte auf dem Weg zur 2000-Watt Gesellschaft

Dietikon setzt sich grundsätzlich zum Ziel, im Jahr 2015 Energiestadt@Gold zu werden. Das bedeutet, einen Energiestadt-Benchmark von 75 % zu erreichen, also 11 % mehr als im Jahr 2007. Diese Zielsetzung ist grundsätzlich möglich, wenn sich die Gemeinde ambitionöse qualitative und quantitative Ziele setzt. Zu deren Erreichung müssen jedoch aktiver als bisher Projekte entwickelt und umgesetzt werden. Bis Mitte 2012 soll deshalb ein detaillierter Massnahmenplan aufzeigen, mit welchem Aufwand welche Ziele erreicht werden können. In der Zeit von 2012 bis 2015 können daher auch bereits erste Massnahmen ausgelöst werden, d. h. bis 2015 kann man weit mehr erreichen, als mit der Zielsetzung der Initiative.

Da die 2000 Watt-Gesellschaft für viele Gemeinden - insbesondere für die Energiestädte - zu einer Orientierungshilfe geworden ist, hat das Programm Energiestadt die etwas theoretisch anmutenden Ziele der 2000 Watt-Gesellschaft für die Energiestädte konkretisiert. Es wurden Teilziele für verschiedene Energieträger und Zwischenschritte für die Jahre 2020, 2035 und 2050 formuliert. Zum Beispiel sollen der Verbrauch für Wärmezwecke bis 2020 um 20 % abnehmen, der Anteil an erneuerbarer Energien und Abwärme am Wärmeverbrauch 40 % erreichen oder der Stromverbrauch bis im Jahr 2020 zu 60 % erneuerbar sein oder aus Abfällen produziert werden. Die meisten Energiestädte, welche sich ambitionöse Ziele setzen wollen, arbeiten mit dieser Vorlage. Bis 2050 würden aber erst 3500 Watt pro Kopf erreicht werden.

Eine Zertifizierung mit Energiestadt@Gold bedeutet also, dass sich die Gemeinde auf dem Weg zur 2000 Watt-Gesellschaft befindet, allerdings in ihrem spezifisch eigenen und praktisch realisierbarem Tempo, mit einem realistischen Massnahmenplan und vertretbaren Kosten.

Mit der regelmässigen externen Auditierung durch das Programm Energiestadt ist zudem die Verfolgung des einmal beschlossenen Zielpfades sichergestellt und die schrittweise Umsetzung der Massnahmen wird fassbar und messbar.

Aus all diesen Gründen erachtet der Stadtrat den Gegenvorschlag als den realistischen und machbaren Weg in Sachen nachhaltigem Umweltschutz. Erste Schritte können schneller und konkreter umgesetzt werden.

14. Sitzung vom 7. April 2011

Ratspräsident René Stucki gibt vor Beginn der Diskussion noch einige allgemeine Erklärungen ab. Im Vorfeld der Sitzungen gab es viele Unsicherheiten. Im Prinzip handelt es sich um ein Sachgeschäft mit einem normalen Ablauf. Betreffend die Volksinitiative sind keine Änderungsanträge möglich, der Gemeinderat kann ihr lediglich zustimmen oder sie ablehnen, wobei es unabhängig davon auf jeden Fall zu einer Volksabstimmung kommt. Der Gegenvorschlag hingegen kommt nur bei der Zustimmung im Parlament zur Abstimmung. Die Stichfrage, welche in diesem Fall dem Volk vorgelegt wird, ist heute im Rat kein Thema.

Referent: Ueli Bayer, Mitglied GPK

Ueli Bayer (FDP) erklärt, dass im September 2009 die EVP und die Grünen unter dem Titel "Umweltschutz konkret" die vorliegende Initiative lanciert und mit der Unterschriftensammlung begonnen haben. Bereits Mitte Januar 2010 konnten die Initiantinnen und Initianten ihre Initiative mit 533 gültigen Unterschriften im Stadthaus Dietikon dem Stadtpräsidenten übergeben. Die Initiative stellt folgende Hauptforderungen:

1. Förderung der Energieeffizienz und erneuerbare Energiequellen;
2. Reduktion des Energieverbrauches auf 2000 Watt Dauerleistung pro Einwohnerin und Einwohner in Dietikon;
3. Reduktion des CO₂-Ausstosses auf 1 Tonne pro Einwohnerin bzw. Einwohner in unserer Stadt.

Dazu werden Ergänzungen in der Gemeindeordnung gefordert, welche die Stadtbehörde verpflichtet, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit für die Erhaltung der Lebensgrundlagen und für den schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen einzusetzen. Ebenso sind die Verpflichtung zu einer ökologischen, wirtschaftlich und sozial nachhaltigen Entwicklung sowie das Erreichen der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft eingebunden. Im Sinne einer Übergangsbestimmung soll sich die Stadt Dietikon als Ziel eine Reduktion des CO₂-Ausstosses auf vier Tonnen pro Einwohner und Einwohnerin im Jahr 2030 und eine Tonne im Jahr 2050 setzen. Die Umsetzung ist Aufgabe des Stadtrates. Er legt spätestens zwei Jahre nach Inkraftsetzung einen Massnahmenplan vor, wie das Ziel zu erreichen ist, und belegt dem Gemeinderat jeweils im Rahmen des Geschäftsberichtes seine Tätigkeiten.

Der Stadtrat hat mit Beschluss vom 12. Juli 2010 entschieden, einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative "Umweltschutz konkret" auszuarbeiten und dem Gemeinderat vorzulegen. Der Gegenvorschlag zur Volksinitiative lautet wie folgt:

"Die Gemeinde ist einer ökologisch, wirtschaftlich und sozial nachhaltigen Entwicklung verpflichtet. Sie orientiert sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit am langfristigen Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft und setzt sich für die Förderung der Effizienz und der erneuerbaren Energiequellen ein. Die Ergänzung der Gemeindeordnung tritt mit der Genehmigung durch den Regierungsrat in Kraft."

Der Stadtrat teilt die Meinung der Initianten, dass die Gemeinde im Rahmen ihrer Zuständigkeit für die Erhaltung der Lebensgrundlagen und für den schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen sorgen soll. Dietikon setzt sich grundsätzlich zum Ziel, im Jahr 2015 Energiestadt Gold zu werden. Dies bedeutet einen Energiestadt-Benchmark von 75%.

Diese Zielsetzung ist grundsätzlich möglich, wenn sich die Gemeinde ambitionierte qualitative und quantitative Ziele setzt. Bis Mitte des Jahres 2012 soll ein detaillierter Massnahmenplan aufzeigen, mit welchem Aufwand welche Ziele erreicht werden können. In der Zeit von 2012 bis 2015 können daher gemäss Stadtrat auch bereits erste Massnahmen ausgelöst und somit mehr erreicht werden, als mit der Zielsetzung der Initiative. Eine Zertifizierung mit Energiestadt Gold bedeutet also, dass sich die Gemeinde auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft befindet, allerdings in ihrem spezifischen eigenen und praktisch realisierbarem Tempo, mit einem realistischen Massnahmenplan und vertretbaren Kosten.

Innerhalb der GPK wurde dieses sowohl inhaltlich wie auch formell äusserst schwierige Geschäft an drei Sitzungen behandelt, an welchen auch Stadtrat Roger Brunner und Arthur Huber, Leiter der

14. Sitzung vom 7. April 2011

Infrastrukturabteilung, Erklärungen abgegeben und Fragen beantwortet haben. In der ersten Sitzung kam es nach einleitenden, juristischen Erläuterungen der Sekretärin der GPK zur eigentlichen Diskussion. Auf Antrag der Co-Präsidentin wurde beschlossen, an einer zweiten Sitzung eine Fachperson beiziehen zu dürfen. Zur zweiten Sitzung wurde vom Initiativkomitee Bruno Bebié, Energiebeauftragter der Stadt Zürich, und zusätzlich Cornelia Brandes, externe Energieberaterin der Stadt Dietikon, eingeladen. Nach der Präsentation durch den Referenten der Initiativkomitee-Vertreter wurden verschiedene Fragen zum Thema gestellt und aus seiner Sicht beantwortet. Cornelia Brandes erklärte anschliessend Fachliches zum Gegenvorschlag und beantwortete ihrerseits die ihr gestellten Fragen. Daraufhin erfolgte eine Diskussion innerhalb der GPK. In der dritten Sitzung am vergangenen Dienstag erfolgte nochmals eine Beratung und im Anschluss daran die Beschlussfassung durch die GPK. An der Sitzung nahm noch einmal Frau Brandes teil, welche verschiedene Fragen, insbesondere zu Erreichung des Gold-Labels, Zielsetzung, Re-Audit, Massnahmen und Kontrolle beantwortete.

Es ist für alle GPK-Mitglieder unbestritten, dass in der Bevölkerung in Sachen Umweltschutz ein Umdenken dringendst notwendig ist. Obschon die Zielsetzungen der Initianten der Umweltschutzinitiative und der Gegenvorschlag des Stadtrates sehr nahe beieinanderliegen, ist der Weg dazu verschieden. In den beiden Abstimmungen zur Beschlussfassung innerhalb der GPK haben die Mitglieder der Kommission wie folgt abgestimmt:

Die Volksinitiative "Umweltschutz konkret" wurde im Stimmenverhältnis 5 Ja- zu 6 Nein-Stimmen abgelehnt. Der Gegenvorschlag des Stadtrates wurde einstimmig mit 11 Ja-Stimmen angenommen. Im Vorfeld der heutigen Gemeinderatssitzung hat die SP-Fraktion einen Abänderungsvorschlag zum Gegenvorschlag der GPK unterbreitet, welcher in der Zwischenzeit nochmals angepasst wurde. Der endgültige Wortlaut dürfte anschliessend innerhalb der Diskussion im Rat bekannt gegeben werden.

Diskussion:

Ueli Bayer (FDP) erklärt im Namen der FDP, dass sie das pragmatische Vorgehen des Stadtrates unterstützt und deshalb ja sagt zum Gegenvorschlag.

Lucas Neff (Grüne) erklärt, dass er zuerst als Vertreter des Initiativkomitees sprechen wird. Die Initiative verlangt eine Ergänzung der Gemeindeordnung, indem die Gemeinde im Rahmen ihrer Zuständigkeit für eine ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltige Entwicklung sorgt. Neben diesen Grundsätzen formuliert sie als langfristiges, konkretes Ziel die 2000-Watt-Gesellschaft sowie die Reduktion des CO₂-Ausstosses auf eine Tonne, wobei eine Übergangsfrist von 40 Jahren gesetzt wird. Im Grundsatz ist der Stadtrat mit den Anliegen der Initiative einverstanden und hat diese mehrheitlich in seinen Gegenvorschlag aufgenommen. Allerdings verzichtet er auf Zielsetzungen und Kontrollen. Lediglich in den Erläuterungen erwähnt er, dass er Verbesserungen im Rahmen des Labels Energiestadt machen will. Beim Sammeln der Unterschriften hat sich gezeigt, dass das Anliegen der Initiative in der Bevölkerung breit abgestützt ist. Aktuell lebt die Menschheit über ihren Verhältnissen. Es wird mehr Energie verbraucht als erneuerbar zur Verfügung steht. Das Ende der Vorräte von Uran und Erdöl ist absehbar. Es wird allgemein anerkannt, dass weltweit pro Person erneuerbare Energie für eine Dauerleistung von 2000 Watt vorhanden ist. Aktuell beträgt der Energieverbrauch in der Schweiz fast das Dreifache davon. Wahrscheinlich ist es möglich, sowohl den Gleichgewichtszustand bei der Energie als auch die Reduktion des CO₂-Ausstosses mit der Weiterentwicklung des Wohlstandes zu koppeln. Dazu sind allerdings schon heute auf allen Stufen, also auch auf Stufe der Gemeinden, Anstrengungen notwendig. Dies bringt auch diverse Vorteile wie die Unabhängigkeit gegenüber Erdölstaaten und Uran-Lieferanten, den Einsatz des Geldes für verbesserte, regionale Technik sowie die Reduktion von Grossrisiken, wie sie Kernkraftwerke darstellen. Je früher und je umfassender Massnahmen getroffen werden, desto grösser ist schliesslich der Profit dieser Investitionen. Wegen der Langlebigkeit von Häusern lohnt sich eine energetische Sanierung erst in Jahrzehnten. Die zu erwartenden Preissteigerungen bei der Energie werden

14. Sitzung vom 7. April 2011

grosse gesellschaftliche Auswirkungen haben. Es liegt bei den Verantwortungsträgern, heute möglichst umfassend die Mittel für die Bewältigung bereitzustellen. Dazu gehört für jede Führungstätigkeit eine klare Absicht, darauf basierende Zielsetzungen und die Kontrolle derselben. Aus diesem Grund empfiehlt er die Annahme der Initiative "Umweltschutz konkret".

Die Grüne Fraktion stimmt der Initiative klar zu. Die Initiative beinhaltet ein überlebenswichtiges Thema, das von allen auf allen Stufen angepackt werden muss. Die Zielsetzungen sind klar, sozial und ethisch vertretbar. Es gibt Bedenken, dass die Übergangsfristen zu lang sind; wichtig ist aber, dass jetzt das Machbare mit vollem Elan angepackt wird. Die Grünen hätten gerne noch weitergehende Kontrollen gehabt, verzichteten aber aufgrund der geführten Diskussionen darauf. Dank der Initiative wird heute mehr über das Thema Umwelt und Energie diskutiert. Auch der Stadtrat bemüht sich redlich, weitere Schritte zu tätigen, zwar zögerlich, aber sie finden statt. Ein Ziel ist das Erreichen des Labels Energiestadt Gold, was die Initiative ergänzt. Aus diesem Grund sagen die Grünen auch klar ja zum Gegenvorschlag. Es hat darin nichts Störendes, die Initiative ist einfach noch besser und vor allem konkreter. Abschliessend bedankt er sich bei der EVP für die konstruktive Zusammenarbeit.

Gabriele Olivieri (CVP) erklärt, dass die Initiative bei der CVP auf einige Sympathie stösst. Die 2000-Watt-Gesellschaft ist ein langfristiges Ziel, eine Aufgabe für mehrere Generationen. Dieses Ziel mit fixen Terminen in die Gemeindeordnung zu schreiben, ist nur mit grossem Aufwand möglich. Der Gegenvorschlag des Stadtrates orientiert sich an der 2000-Watt-Gesellschaft, ohne jedoch die zeitlichen Ziele festzulegen. Dies ist richtig, da man nicht weiss, ob diese überhaupt erreichbar sind. Von den Kosten redet man kaum, es ist nicht klar, wie viele Ingenieure man anstellen müsste und wie viele externe Beratungen notwendig wären. Obwohl jeder das Möglichste für die Umwelt tun sollte, muss man auch die schwierige finanzielle Lage von Dietikon berücksichtigen. Soll die Stadt also freiwillig so hochgestellte und teure Umweltziele setzen? Es besteht die Gefahr, dass wichtige lokale Aufgaben wie Schule, Gesundheit und Soziales nicht mehr richtig erfüllt werden. Es ist klar, dass die Lösung für ein globales Problem, wie es das der knappen Ressourcen ist, nicht von einer Gemeinde allein gesucht werden kann. Es ist nicht sinnvoll, sondern Geldverschwendung, dass Kantone und Gemeinden das gleiche Rad erfinden wollen. Dietikon hat schon seit Jahren das Label Energiestadt und der Stadtrat strebt nun das Goldlabel an. Schon das ist nicht gratis zu haben, aber für Dietikon noch bezahlbar. "Umweltschutz konkret" ist eine Initiative mit verschwommenen Zielen, die Kriterien der Energiestadt sind konkret. Aus diesen Gründen lehnt die CVP-Fraktion die Initiative ab und unterstützt den Gegenvorschlag des Stadtrates.

Julia Neuenschwander (EVP) erklärt, dass sich die EVP seit ihrer Gründung für die Natur, die uns zur Verfügung gestellt worden ist, einsetzt. Die meisten Länder brauchen viel weniger Energie als wir, aufgrund der Entwicklung ist aber eine Rohstoffknappheit absehbar. Der Ölpreis ist am steigen, der Peak Oil ist erreicht und die Klimaveränderung schon jetzt sichtbar. Darum ist jetzt eine Trendwende notwendig. Genau dies verlangt die Initiative, um die Übergangsfrist bis zur Knappheit der Rohstoffe zu nutzen. Sie ist erfreut, dass der Stadtrat gewisse Anliegen aufnimmt und endlich der Umweltschutz in der Gemeindeordnung Eingang findet. Das Anstreben des Goldlabels wird begrüsst, es ist aber schade, dass im Gegenvorschlag kein konkretes Ziel genannt wird. Beide Konzepte befruchten sich gegenseitig. Entscheidend ist, dass gemeinsam etwas für den konkreten Umweltschutz unternommen und damit ein Beitrag zur Lösung globaler Probleme geleistet wird. Wichtig ist insbesondere die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energiequellen. Die EVP wird sowohl der Initiative wie dem Gegenvorschlag zustimmen.

Markus Erni (SVP) erwähnt, dass es nur selten in der GPK bei einem Geschäft zu drei Sitzungen kommt. Dies zeigt, dass es sich um ein komplexes Thema handelt, welches zudem emotional stark bewegt. Unbestritten ist der heute verschwenderische Umgang mit den Ressourcen sowie die Notwendigkeit, heute mit dem Energiesparen zu beginnen. Die SVP verschliesst sich dem nicht und unterstützt deshalb den Gegenvorschlag. Der darin aufgezeigte Weg über das Erreichen des

14. Sitzung vom 7. April 2011

Goldlabels als Energiestadt ist sinnvoll und pragmatisch. Es werden 87 für Dietikon relevante Massnahmen aufgestellt. Alle vier Jahre wird kontrolliert, ob die Massnahmen umgesetzt und eingehalten werden. Er orientiert sich ebenfalls an den Zielen der 2000-Watt-Gesellschaft, verwendet aber realistische Szenarien. Der Energieverantwortliche der Stadt Zürich zeigte der GPK auf, dass aufgrund der technologischen Machbarkeit von einer Reduktion bis auf 3500 Watt und 2 Tonnen CO₂ bis ins Jahr 2050 ausgegangen wird, während die Initianten eine Reduzierung auf 2000 Watt und 1 Tonne CO₂ fordern. Zudem sollte man bei so ehrgeizigen Zielen auch bedenken, dass sich zum Beispiel der Raumbedarf pro Schüler seit 1960 verdreifacht hat oder dass der soziale Wohnungsbau neu definiert werden müsste. Es gibt zwar noch immer Optimisten, welche die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft für realistisch halten, doch bei Ausdrücken wie "rigoros", "kostenintensiv" oder "massivsten Einsparungen" ist Skepsis angebracht.

Peter Wettler (SP) erklärt, dass die SP-Fraktion die Initiative "Umweltschutz konkret" unterstützen wird. Da aber der Gegenvorschlag auch vom Volk kommen wird, stellt er einen Abänderungsantrag. Im Gegenvorschlag des Stadtrates soll der Satz "*Sie orientiert sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit am langfristigen Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft und setzt sich für die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien ein*" verbindlicher, bindender und klarer formuliert werden, und zwar wie folgt: "*Sie strebt nachdrücklich das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft an und setzt sich für die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energiequellen ein.*" Seit 2003 ist Dietikon Energiestadt, eine von heute offiziell 241 Schweizer Gemeinden, welche in ihren energiepolitischen Massnahmen über das gesetzliche Minimum hinausgehen. Auffallend an diesem Label ist die gemächliche Gangart. Trotzdem machte die SP seinerzeit Druck, dieses Label zu erreichen, und zwar deshalb, um lieber wenig zu machen als gar nichts. Nach Fukushima ist er überzeugt, dass in der Schweiz kein neues Kernkraftwerk gebaut werden wird. Zudem ist die Erdölversorgung wegen der politischen Umbrüche im arabischen Raum gefährdet. In zehn Jahren müssen die Kernreaktoren Beznau I und II sowie Mühleberg vom Netz. Die ab 2020 im Dezember und Januar fehlende rund 1'000 Megawatt Leistung müssen kompensiert werden. Es gilt, den Konflikt zwischen alternativen Energien und den Natur- und Umweltschutzgesetzen zu meistern. Vor allem beim Energiesparen hat Dietikon Potenzial, zum Beispiel bei der Energieberatung von Hausbesitzerinnen und -besitzer, bei Förderbeiträgen für Fotovoltaikanlagen und Sonnenkollektoren, beim Bau von gasbetriebenen Wärmekraftkoppelungsanlagen, beim Schaffen von Anreizen für den Kauf energiesparender Apparate und Geräte, beim Bau von Wärmepumpen oder beim Errichten einer Warmwasser- und Sonnenstrombörse. Diese Massnahmen könnten Dietikon ein Stück Richtung 2000-Watt-Gesellschaft voranbringen. Aus diesem Grund bittet er um die Annahme des Antrages der SP.

Infrastrukturvorstand Roger Brunner erklärt, dass der Stadtrat Freude an der Initiative hat, sich intensiv damit befasste und deshalb einen Gegenvorschlag ausarbeitete. Der Stadtrat hat seine Führungsaufgabe wahrgenommen, der Gegenvorschlag ist konkreter, das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft ist schon seit 2003 klar. Er wehrt sich aber dagegen, dass in der Gemeindeordnung unrealistische Zahlen und Zielsetzungen stehen, wie das Beispiel der Stadt Zürich zeigt. Ein Grossteil der von Peter Wetter vorgeschlagenen Massnahmen existiert schon. Man wird schauen, welche Massnahmen zusätzlich notwendig sind, um das Label Energiestadt Gold 2015 zu erreichen. Schon dies ist nicht gratis zu haben, wobei die genauen Zahlen noch nicht klar sind. Beim aktuell anstehenden Reaudit sind auf 60 Seiten Massnahmen aufgelistet. Der Stadtrat möchte den Gegenvorschlag so belassen, es kann nicht sein, dass alle Mittel nur in eine Richtung eingesetzt werden und für Schule und Soziales nichts mehr übrig bleibt.

Samuel Spahn (Grüne) findet es unsäglich, dass die Schule und das Soziale gegen die Initiative verwendet werden. Nachhaltigkeit ist immer auch soziale Nachhaltigkeit, man sollte nicht den Teufel an die Wand malen. Das Gemeindeamt hat festgehalten, dass der Wortlaut der Initiative so in der Gemeindeordnung stehen dürfte. Es ist klar, dass Umweltschutz nicht gratis zu haben ist, aber es gibt jetzt schon eine Anzahl Gemeinden, die alle Möglichkeiten nutzen, ohne andere Aufgaben zu vernachlässigen. Laut dem Energiebeauftragten der Stadt Zürich bilden die Ziele der Initiative und des Gegenvorschlags keinen Widerspruch. Dietikon hat diesbezüglich sehr gute Voraussetzungen.

14. Sitzung vom 7. April 2011

Es gibt einen gut ausgebauten öffentlichen Verkehr, es wird noch viel gebaut. Da kann viel Zukunftsweisendes geschehen. Niemand weiss heute, was 2050 sein wird, die Initiative hat aber den Vorteil, dass der Geist dahinter klar formuliert wird und man sich nicht einfach hinter einem Label verschancen kann. Aus diesem Grund ist für das Initiativkomitee ein Rückzug der Initiative kein Thema.

Werner Lips (SVP) erklärt, dass viel über Umweltschutz geredet wird, er möchte etwas machen. Er hätte gerne eine Wärmepumpe eingebaut, durfte aber kein Grundwasser verwenden, da er zu wenig Energie verbraucht. Das AWEL bewilligte dies nicht, während dies im Kanton Aargau möglich ist.

Lucas Neff (Grüne) erklärt, dass das Goldlabel einen Katalog guter Massnahmen vorschlägt, wo man daraus wählen kann. Die Initiative verlangt eine klare Standortbestimmung, wo auch definiert wird, was das Ziel ist. Er möchte aber auch dem Gemeinderat für die sachliche Diskussion danken.

Ratspräsident René Stucki erklärt, dass zuerst über die Volksabstimmung abgestimmt wird, anschliessend über den Abänderungsvorschlag der SP und schliesslich über den Gegenvorschlag.

Abstimmungen:

Volksinitiative "Umweltschutz konkret"

Der Gemeinderat beschliesst mit 18 : 13 Stimmen:

Die Initiative "Umweltschutz konkret" wird abgelehnt.

Rechtsmittel:

1. Der Beschluss unterliegt gemäss Art. 3 Gemeindeordnung dem obligatorischem Referendum.
2. Eine allfälliger Rekurs gegen die Beschlüsse kann gemäss § 151 Gemeindegesetz i.V.m. § 19 ff. Verwaltungsrechtspflegegesetz (VRG) innert 30 Tagen seit amtlicher Publikation schriftlich und begründet beim Bezirksrat Dietikon eingereicht werden.

Mitteilung an:

- Samuel Spahn, Vertretung Initiativkomitee, Spreitenbacherstrasse 35, 8953 Dietikon;
- Stadtrat.

Abänderungsantrag der SP-Fraktion zum Gegenvorschlag des Stadtrates

Die SP beantragt folgende Anpassung des Gegenvorschlages:

Die Gemeindeordnung wird wie folgt ergänzt:

Art. 1 Abs. 3

Die Gemeinde ist einer ökologisch, wirtschaftlich und sozial nachhaltigen Entwicklung verpflichtet. *Sie strebt nachdrücklich das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft an* und setzt sich für die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energiequellen ein.

Der Abänderungsantrag wird mit 19:13 Stimmen abgelehnt.

14. Sitzung vom 7. April 2011

Gegenvorschlag des Stadtrates

Der Gemeinderat beschliesst mit 32 : 0 Stimmen:

Der Gegenvorschlag zur Volksinitiative "Umweltschutz konkret" wird genehmigt.

Rechtsmittel:

1. Der Beschluss unterliegt gemäss Art. 3 Gemeindeordnung dem obligatorischem Referendum.
2. Eine allfälliger Rekurs gegen die Beschlüsse kann gemäss § 151 Gemeindegesetz i.V.m. § 19 ff. Verwaltungsrechtspflegegesetz (VRG) innert 30 Tagen seit amtlicher Publikation schriftlich und begründet beim Bezirksrat Dietikon eingereicht werden.

Mitteilung an:

- Samuel Spahn, Vertretung Initiativkomitee, Spreitenbacherstrasse 35, 8953 Dietikon;
- Stadtrat.

Abschliessend erklärt der *Ratspräsident*, dass die Volksabstimmung innerhalb von 36 Monaten nach Einreichen der Initiative erfolgen muss.

P1.3. Lohn, Zulagen, Entschädigungen

Anpassung der Behördenentschädigung

Postulat

Rolf Steiner, Mitglied des Gemeinderates, und 3 Mitunterzeichnende haben am 3. März 2011 folgendes Postulat eingereicht:

"Der Stadtrat wird aufgefordert, eine Anpassung der Entschädigungen der Mitglieder der Schulpflege, der Sozialbehörde, der Vormundschaftsbehörde, des Wahlbüros und des Gemeinderates vorzubereiten. Die Dietiker Behördenmitglieder sollen nicht mehr zu den am schlechtesten entschädigten im Kanton gehören. Vielmehr sind die Ansätze so zu wählen, dass sie im Vergleich unter ähnlichen Gemeinden im obersten Drittel rangieren.

Begründung:

Wie der Stadtrat in seiner Antwort auf die entsprechende Kleine Anfrage ausführt, wurden die Entschädigungen der Dietiker Behördenmitglieder seit langer Zeit nicht mehr angepasst. Sie sind zwar kein Lohn im üblichen Sinn und es wird durch die jeweilige Wahl auch kein Arbeitsverhältnis begründet, doch ist die Entschädigung unter anderem Ausdruck der Wertschätzung für die in den Behörden geleistete Arbeit.

Vor allem die Mitglieder der Schulpflege leisten teilweise einen erheblichen zeitlichen Aufwand, doch auch die Mitglieder von Sozial- und Vormundschaftsbehörde bewältigen für die Vorbereitung auf die Sitzungen und Besprechungen ein oft umfangreiches Aktenstudium. Auch für Mitglieder des Gemeinderats kommen zu den Plenar- und Kommissionssitzungen weitere Verpflichtungen hinzu, beispielsweise die Fraktionssitzungen.

Geeignete Mitglieder für die Behörden zu finden, ist schwieriger geworden. Wenn dann auch noch eine Geringschätzung, ausgedrückt durch eine magere Entschädigung, dazukommt, ist es deutlich schwieriger, fähige Personen von einem Engagement zu überzeugen.

14. Sitzung vom 7. April 2011

Schliesslich darf auch noch angefügt werden, dass der Stadtrat in seinem kürzlich durch den Gemeinderat genehmigten Antrag zwar seine eigene Entschädigung nicht verändert, aber den für die Erbringung seiner Leistung nötigen Zeitaufwand nach oben korrigiert hat, was 'unter dem Strich' ebenfalls in einer höheren Bezahlung resultiert. Diese Änderung wurde gar rückwirkend beschlossen."

Mitunterzeichnende:

Peter Wettler

Rosmarie Joss

Catherine Peer

Begründung:

Rolf Steiner (SP) bedankt sich dafür, dass er an seiner letzten Sitzung das Postulat begründen darf. Die von ihm eingereichte Kleine Anfrage zum selben Thema hat aufgezeigt, wie die Entschädigungen im Vergleich zu den anderen Parlamentsgemeinden sind. Meist ist Dietikon weit hinten platziert, vor allem auch, weil schon lange nichts mehr angepasst wurde. Den Zeitpunkt zur Einreichung des Postulats hat er bewusst so gewählt, damit ihm nicht nachgesagt werden kann, dass er selbst davon profitiert. Die Argumentation in der Beantwortung der Kleinen Anfrage war wie in den 60er-Jahren. Das Ehrenamt wird betont, es braucht nicht weiter eine Entschädigung. Es ist klar, dass niemand aufgrund der Entschädigung ein Amt übernimmt, es braucht aber den richtigen Mix. Die Behörden haben eine grosse Verantwortung und benötigen für das Aktenstudium viel Zeit. So müssen die Entscheide der Sozial- oder Vormundschaftsbehörde professionell und seriös ausgeführt werden und verdienen auch eine vernünftige Entschädigung. Die Schulpflege behandelt als Exekutive auch Personalfragen, Beurteilungen und strategische Fragen. Dies ist ebenfalls mit einem grossen Zeitaufwand verbunden. Der Gemeinderat ist im Vergleich der leichteste Job. Wer sich nicht vorbereitet, fällt nicht auf, die Fraktion sagt ja, was man stimmen soll. Zudem gibt es eine immaterielle Entschädigung, da die Medien über den Gemeinderat berichten, was das Selbstwertgefühl und das Prestige steigert. Der Aufwand ist kleiner als in den anderen Behörden, aber zusammen mit dem Aufwand für die Fraktion ist auch hier eine massvolle Anpassung angebracht. Ziel wäre es, dass die Entschädigungen in Dietikon im vorderen Drittel, nicht ganz vorne, aber auch nicht mehr bei den Hintersten, angesiedelt sind. Warum der Stadtrat gegen eine Überweisung ist, ist ihm nicht ganz klar. Er möchte aber den Stadtrat ermutigen, seine Pläne öffentlich zu machen und auch dafür sorgen, dass nach dem Stadtrat auch die Entschädigungen der anderen Behördenmitglieder innert nützlicher Frist angepasst werden.

Diskussion:

Stadtpräsident Otto Müller erklärt, dass die Stadt Dietikon auf das Engagement der Behördenmitglieder angewiesen ist und dass diese auch angemessen entschädigt werden sollen. Obwohl der Stadtrat die Einschätzung von Rolf Steiner grundsätzlich teilt, ist er dennoch gegen eine Überweisung. Schon in der Beantwortung der Kleinen Anfrage wurde gesagt, dass die Entschädigungen angepasst werden. Dies wird einen Antrag an den Gemeinderat geben, der voraussichtlich im kommenden Herbst vorgelegt werden kann. Aus diesem Grund ist das Postulat nicht notwendig.

Pius Meier (CVP) erklärt, dass niemand einen Behördensitz wegen der Entschädigung anstrebt. Auch er ist der Meinung, dass mit der Entschädigung insbesondere eine Wertschätzung der Behördenarbeit verbunden sein soll. Auch in anderen Parteien wird wohl ein Teil der Entschädigung in die Parteikasse gezahlt. Die Ausgaben sollten auf jeden Fall gedeckt sein. Die CVP unterstützt das Postulat, um die Wichtigkeit des Anliegens zu unterstreichen.

14. Sitzung vom 7. April 2011

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst grossmehrheitlich:

Das Postulat von Rolf Steiner und 3 Mitunterzeichnenden betreffend Anpassung der Behördenentschädigung wird an den Stadtrat überwiesen.

Rechtsmittel:

Eine allfälliger Rekurs gegen den Beschluss kann gemäss § 151 Gemeindegesetz i.V.m. § 19 ff. Verwaltungsrechtspflegegesetz (VRG) innert 30 Tagen seit amtlicher Publikation schriftlich und begründet beim Bezirksrat Dietikon eingereicht werden.

Mitteilung an:

- Rolf Steiner, Sonneggstrasse 10, 8953 Dietikon;
- Stadtrat.

S3.4.Kih. Kirchhalde (586)

Stadtpark Kirchhalde

Bericht Postulat

Anton Kiwic, Mitglied des Gemeinderates, und 6 Mitunterzeichnende haben am 10. Juni 2010 folgendes Postulat eingereicht:

"Der Stadtrat wird ermuntert, im Rahmen des Rückbaus der Installationen zum Ersatzneubau Ruggacker die Kirchhalde als Stadtpark neu zu gestalten.

Im Rahmen des Baus der Skateranlage sind einige wenige Teile der Kirchhalde umgestaltet worden. Auch der Garten des Ortsmuseums wurde der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Dies kann aus heutiger Sicht als Schritt in die richtige Richtung gesehen werden. Nun gilt es, den Weg konsequent weiter zu gehen. So könnte in diesem Park Wasser wieder eine Rolle spielen. Tische und Bänke, mit einer Möglichkeit zum grillieren, würden dazu beitragen, dass der Park durch das ganze Bevölkerungsspektrum benutzt wird.

Mit einem kleinen Studienauftrag an mehrere Büros ergäbe sich die Chance, dass in der Kirchhalde etwas Besonderes, das Dietikon auszeichnet, entsteht. Etwas, das dem Wirtschaftsstandort Dietikon mehr Lebensqualität verleiht."

Der Gemeinderat hat das Postulat am 1. Juli 2011 an den Stadtrat überwiesen, welcher wie folgt Bericht erstattet:

Bis etwa 1920 wurde in der Kirchhalde Lehm abgebaut. Während auf der ehemaligen Grubensohle vor Jahrzehnten eine Schulsportanlage mit Leichtathletikanlagen und grossem Rasenspielfeld entstand, entspricht die ehemalige Grubenwand dem heute dicht mit Buchen bestockten Hang zur Kirche. Weiter prägen die grosse Betonskulptur sowie zwei markante Eichen den nördlichen Zugang zur Kirchhalde. Im Garten des Ortsmuseums breiten die herrliche Blutbuche und weitere stattliche Bäume ihre Kronen z. T. bis weit in die Poststrasse aus. Viele Gehölzgruppen entwickelten sich in den letzten Jahrzehnten zu dichten, feucht-schattigen Beständen.

Der östliche Teil der Kirchhalde mit den nicht mehr benutzten und teilweise überwachsenen Leichtathletikanlagen erfuhr in den Jahren 2002/03 bereits eine grundlegende Neugestaltung mit dem Ziel, die Kirchhalde als Erholungs- und Begegnungsstätte für Jung und Alt zu beleben. Neben einem

14. Sitzung vom 7. April 2011

Kiesplatz mit Bänken, Bäumen und einem Trinkbrunnen wurde als prägendes Element eine Skatinganlage mit Minirampe errichtet. Diese ersetzte die Halfpipe-Anlage, welche dem P+R-Parkplatz beim Bahnhof Glanzenberg weichen musste und anschliessend provisorisch bei der Stadthalle aufgestellt worden war. Damit die Kirchhalde eine Ergänzung und keine Konkurrenz zum Chrüzacher darstellte, musste auch ein alter Sandkasten weichen. Die Blumenwiese gehörte ebenso zur ökologischen Aufwertung wie das zentrale Versickern des Regenabwassers des Areals inkl. angrenzender Flächen. Das Auslichten des dichten Gehölzbestandes und eine neue Treppe in den ruhigen Garten des Ortsmuseums ermöglichten eine Öffnung und Erweiterung des Erholungsraums Kirchhalde. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass die Kirchhalde von allen Bevölkerungsgruppen genutzt wird.

Die Neugestaltung des westlichen Teils der Kirchhalde ist seit Durchführung des Architekturwettbewerbes zur Sanierung und Erweiterung des Alters- und Pflegeheims Ruggacker ein Thema. Das jetzt realisierte Projekt "Traumschiff" bezieht den öffentlichen Raum der Kirchhalde gut mit ein und die geplante Umgebung integriert insbesondere die rückseitige Hangsituation gegen die reformierte Kirche.

Der Stadtrat beabsichtigt, im Hinblick auf die Wiederinstandstellung der Baustellenzufahrt Ruggacker einen Studienauftrag mit verschiedenen Landschaftsarchitekturbüros durchzuführen. Für die Kirchhalde soll unter Einbezug des Ruggackers und des Kirchenareals ein Nutzungs- und Gestaltungskonzept mit konkreten naturnahen Aufwertungsmassnahmen erarbeitet werden. Um einen direkteren Bezug zur Kirche herzustellen und den Park übersichtlicher und freundlicher zu gestalten, ist die Anlage gegen die Kirche zu öffnen; zumindest durch eine Auslichtung des dicht bestockten Hanges. Zudem sind auch die vom Postulanten angeregten Aspekte zu prüfen.

Entsprechend der Legislaturziele hat der Stadtrat für Gestaltungsmassnahmen der Kirchhalde in der Finanzplanung für die Jahre 2012/13 einen Betrag in der Höhe von Fr. 450'000.00 aufgenommen.

Da der Inhalt des Postulats in die Zuständigkeit des Stadtrates fällt, gilt es mit diesem Bericht gemäss § 56 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates als erledigt.

Diskussion:

Anton Kiwic (SP) dankt für die umfassende Antwort. Der Stadtrat hätte sich auf die zwei letzten Abschnitte beschränken können. Es sollen ein Studienauftrag mit einem Gestaltungskonzept durchgeführt und die Anregungen des Postulanten geprüft werden. Der Stadtpark ist ein wichtiger Teil von Dietikon, nahe beim Altersheim und der Kirche. Man wird es nicht allen recht machen können, der Stadtpräsident sollte dies gut koordinieren und versuchen, die Interessengruppen ins gemeinsame Boot zu holen. Nicht, dass es so herauskommt wie bei der Limmattalbahn, wo man jetzt sogar noch zittern muss. Dass bereits heute ein Kostendach von Fr. 450'000.00 definiert ist, ist der falsche Weg. Bei einem überzeugenden Projekt erwartet die Bevölkerung die Unterstützung des Gemeinderates.

S1.13. Schulraumplanung, Schülerbestände

Schulraumplanung

Interpellation

Ernst Joss, Mitglied des Gemeinderates, hat am 18. Januar 2011 folgende Interpellation eingereicht:

14. Sitzung vom 7. April 2011

"Dietikon wird in den nächsten Jahren eine rasche Entwicklung erleben. Bereits heute ist der Schulraum knapp und es wird teilweise in Provisorien unterrichtet. Gemäss Presseberichten wird die Schulraumplanung laufend aktualisiert. Die ebenfalls in der Presse zu findende Mitteilung, vorerst könnten die Schüler aus dem Limmatfeld im Zentralschulhaus unterrichtet werden, überrascht dabei.

Leider ist die Schulraumplanung nicht öffentlich bekannt. Auch der Geschäftsbericht gibt darüber keine Auskunft. Ich stelle daher folgende Fragen:

- 1. Wie werden sich die Schülerzahlen gemäss Prognose in den nächsten Jahren entwickeln?*
- 2. Wie sieht die Schulraumplanung zum gegenwärtigen Zeitpunkt aus? Wo und wann soll neuer Schulraum geschaffen werden?*
- 3. Wie kann der Gemeinderat seine Meinung zur Schulraumplanung äussern?"*

Begründung:

Ernst Joss (AL) erklärt, dass heute schon ein Mangel an Schulraum beim Holzmatt besteht. Dietikon steht eine grosse Entwicklung bevor: Limmatfeld, SLS, Niederfeld. Es ist deshalb sehr wichtig, schon frühzeitig genügend Schulraum zu planen, was auch für die Standortattraktivität von grosser Bedeutung ist. Es wurden schon früher Fragen zum gleichen Thema gestellt, beispielsweise von André Arnet. Die Antworten waren aber leider nie befriedigend. Die Planung muss gesamthaft angegangen werden, es sollte nicht einfach am Schluss ein fixfertiges Projekt vorgelegt werden. Er ist gespannt auf die Antwort.

B1.41. Ortsbild und Heimatschutz, Allgemeines

Dietiker Jugend gestaltet Unterführungen neu

Postulat

Julia Neuenschwander, Mitglied des Gemeinderates, und 13 Mitunterzeichnende haben am 3. Februar 2011 folgendes Postulat eingereicht:

"Wenn man in Dietikon durch die Unterführungen geht, fällt auf, dass diese neben teils schlechter Beleuchtung oft auch Verschmutzungen und illegale Sprayereien aufweisen.

Verschiedene Gemeinden gehen vorbildlich auf die Thematik des illegalen Sprayens ein. Sie schlagen neben polizeilichen Massnahmen auch den Weg der Prävention ein.

Die Erfahrung zeigt, dass von den Jungen gestaltete Unterführungen kaum mehr versprayt werden. Auch ein schöneres Ortsbild, bessere Lebensqualität und eine punktuell sinnvolle Freizeitbeschäftigung für die Jugendlichen spricht für ein solches Vorhaben. Jugendliche, die beim Bemalen der Wände mitmachen, identifizieren sich eher mit ihrem Wohnort und sind stolz, dass sie das Erscheinungsbild von Dietikon mitgestalten können.

Das Bauamt Altstätten (SG) zum Beispiel bestätigt, dass die Jugendlichen Respekt vor dem Werk der Gleichaltrigen haben und es kaum zu Schmierereien gekommen ist. Das ist ein Projekt neben vielen anderen, das zeigt, wie wichtig es ist, Jugendliche in die Gestaltung des Ortsbildes mit einzubeziehen.

Aus diesen Gründen ist zu prüfen, wie die Abteilung Jugend und Freizeit im Rahmen ihrer Projekte z. B. einen Wettbewerb gestaltet, bei dem Schulklassen und Jugendvereine ihre Ideen zur Neubemalung der illegal versprayten Unterführungen eingeben können.

14. Sitzung vom 7. April 2011

Der Stadtrat wird aufgefordert, abzuklären, ob im Zusammenhang mit einem solchen Jugendprojekt Unterführungen oder bahnhofsnahe Wände neu gestaltet werden könnten.

Mitunterzeichnende:

Angela Gullo
Ernst Joss
Peter Wettler
Max Wiederkehr

Cécile Mounoud
André Arnet
Martin Romer

Philipp Müller
Adrian Larcher
Catherine Peer

Christiane Ilg-Lutz
Thomas Wirth
Gabriele Olivieri

Begründung:

Julia Neuenschwander (EVP) zeigt anhand einer Fotoaufnahme der Unterführung Überlandstrasse ein Beispiel, das einen schlechten Eindruck macht. Ähnliche Beispiele gibt es in Dietiker Unterführungen einige. Dies hat eine schlechte Wirkung auf das Stadtbild. Es ist wichtig, Zeichen gegen Vandalismus zu setzen. Eine Möglichkeit ist, den Jungen Gestaltungsraum zu geben, sie einzu beziehen und ihnen damit auch eine Wertschätzung entgegenzubringen. Die Möglichkeit zur Mitgestaltung wirkt präventiv, die Werke von Gleichaltrigen werden eher respektiert. So könnte beispielsweise ein Wettbewerb ausgeschrieben und die besten Projekte realisiert werden. Damit zeigt man, dass die Jungen ernst genommen werden. Sie präsentiert gelungene Beispiele aus Altstetten, Bubikon und Bülach. An diesen Orten gibt es kaum Schmierereien. Die Unterführungen gehören der SBB oder dem Kanton, man könnte also sagen, dass es die Stadt nichts angeht. Es lohnt sich aber, mit den Eigentümern zu reden, alle Beteiligten würden davon profitieren. Auch das Stadtmarketing hätte einen Nutzen davon; so würden farbenfrohe Kunstwerke statt Schmierereien entstehen. Die Jugendlichen werden ernst genommen und gestalten die Stadt mit. Sie dankt dem Stadtrat für die Bereitschaft zur Entgegennahme des Postulats.

Ratspräsident René Stucki stellt fest, dass der Stadtrat bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen. Nachdem kein anderer Antrag gestellt wird, gilt es als überwiesen.

U1.14. Luftverschmutzung, Rauchgaskontrollen

Winterzeit ist Feinstaubzeit

Interpellation

Lucas Neff, Mitglied des Gemeinderates, und 2 Mitunterzeichnende haben am 28. Februar 2011 folgende Interpellation eingereicht:

"Ich stelle fast täglich fest, dass vielerorts in Dietikon Abfall verbrannt wird; in Cheminées, in Schrebergärten, etc.! Allgemein wird dies als Kavaliersdelikt in der Nachbarschaft hingenommen. Diese Emissionen sind aber wahrscheinlich ein bedeutender Zusatz zur allgemeinen erhöhten Luftbelastung durch Heizungen und Inversionslagen!

Ich bitte den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- 1. Wie viele Cheminées / Öfen gibt es in Dietikon?*
- 2. Erachtet der Stadtrat die Luftqualität in Dietikon als gut? Erachtet der Stadtrat eine gute Luftqualität als wichtig?*

14. Sitzung vom 7. April 2011

3. *Welche gesundheitlichen Auswirkungen sind grundsätzlich durch das Verbrennen von Abfall zu erwarten? Gibt es auch eine Anreicherung von Schadstoffen vom Verbrennen von Abfall im Boden?*
4. *Wie ist die Luftqualität in Dietikon? Wann und wo wird sie gemessen? Hält der Stadtrat es für sinnvoll, weitere Messungen vorzunehmen?*
5. *Werden Kontrollen von Russproben genommen, gezielt oder auch Stichproben nach dem Zufallsprinzip?"*

Mitunterzeichnende:

Samuel Spahn

Adrian Larcher

Begründung:

Lucas Neff (GP) erklärt, dass der Vorstoss auch einen persönlichen Hintergrund hat. Er leidet an Asthma und hat vor allem im Winter, wenn es nach Plastik stinkt, Anfälle. Er ist auch selbst aktiv geworden, hat an den Türen geläutet und mit den Personen – zum Teil mit Erfolg – das Gespräch gesucht. Er ist ziemlich sensibilisiert und registriert im Winter fast täglich das illegale Verbrennen von Abfall. Dies geschieht mehrheitlich in Cheminées, aber auch in Schrebergärten. Zum Teil werden auch eindeutig PET-Flaschen und Ähnliches verbrannt. Diese Emissionen sind wahrscheinlich ein bedeutender Zusatz zur Luftbelastung. Darum hat er auch die fünf Fragen gestellt. Er bedankt sich beim Stadtrat für die Beantwortung.

L2.42. Bedürfnisanstalten

Wasserlose Urinale

Bericht Postulat

Peter Wettler, Mitglied des Gemeinderates, und 9 Mitunterzeichnende haben am 9. September 2010 folgendes Postulat eingereicht:

"Ich bitte den Stadtrat um die Prüfung der Frage, ob bei Neubauten oder Sanierungen öffentlicher Gebäude der Stadt allmählich wasserlose Urinale eingebaut werden können. Wasserlose Urinale helfen, Geld und Trinkwasser zu sparen. Falls möglich, sollten getrennte Leitungen geführt werden, sodass später der Urin einmal gesammelt und behandelt werden kann (Dünger).

Es gibt mittlerweile sehr viele Toiletten-Modelle auf dem Markt. Sie unterscheiden sich nur bezüglich des Designs und kaum in der Technik.

Der Marktführer Urimat rechnet vor, dass im Schnitt bis zu 100'000 Liter Trinkwasser pro Urinal und Jahr eingespart werden kann.

Die zur Herstellung der Urinale verwendeten Materialien sind alle umweltverträglich und zu 100 % recycelbar oder problemlos zu entsorgen. Das Kunststoffbecken zum Beispiel verbraucht gemäss Angaben von Herstellern bei der Herstellung wesentlich weniger Energie (CO₂-Belastung) als ein herkömmliches Keramikbecken."

14. Sitzung vom 7. April 2011

Mitunterzeichnende:

Anton Kiwic
Rosmarie Joss
Adrian Larcher

Rolf Steiner
Lucas Neff
Max Wiederkehr

Catherine Peer
Samuel Spahn
Ernst Joss

Der Gemeinderat hat das Postulat von Peter Wettler (SP) und 9 Mitunterzeichnenden am 7. Oktober 2010 an den Stadtrat überwiesen, welcher wie folgt Bericht erstattet:

Im Mai 2001 sprach sich der damalige Schulverwalter in einem Schreiben an die Urimat gegen den Einbau von wasserlosen Urinalen im Schulhaus Fondli aus. Als Argumente wurde Folgendes aufgeführt:

"Die Abklärungen ... haben ergeben, dass im Wolfsmatt herkömmliche Urinale mit Wasserspülung eingebaut werden. Beim wasser- und chemielosen URIMAT wurden bei diversen Referenzobjekten folgende Nachteile festgestellt:

- *Urin kristallisiert im Ablauf aus -> Verstopfungsgefahr*
- *Reinigung nicht mit herkömmlichen Mitteln möglich*
- *nach ½ Jahr mögliche Geruchsentwicklung -> Einsatz von Duftsteinen im Schulhaus nicht sinnvoll."*

Dem anerkannten Vorteil der durch Trockenurinale eingesparten Wassermenge stehen verschiedene Nachteile gegenüber, welche 2001 im Schulhaus Wolfsmatt zum Entscheid für den Einbau von konventionellen, wasserführenden Urinalen geführt haben. Das Sammeln von Urin in Stapeltanks wäre technisch machbar und hätte den Vorteil, dass der Urin kontinuierlich abgeleitet werden könnte. Die Morgen- und Abendspitzen entfielen und damit könnten die temporär starken Belastungen der Klär- und Wasseraufbereitungsanlagen reduziert werden. Die Verwendung von menschlichen Ausscheidungen für die landwirtschaftliche Düngung ist hingegen verboten.

Nur bei ausgesprochen oft frequentierten Urinalen (mehr als 100 tägliche Benutzungen an 300 Tagen pro Jahr) ergibt sich bei Trockenurinalen tatsächlich ein Sparpotenzial von 100'000 Litern Wasser jährlich.

Bei wasserlosen Urinalen ist neben der Geruchsbildung die Ökobilanz ein wichtiges Kriterium beim Entscheid, ob ein solches System eingebaut werden soll oder nicht.

Die Lebensdauer eines konventionellen Keramikurinals liegt gemäss paritätischer Lebensdauertabelle bei 35 Jahren. Ob ein wasserloses Kunststoffurinal diese Lebensdauer auch erreicht und wie sich das Wert- und Alterungsverhalten (Instandhaltung und Instandsetzung) im Lauf der Jahrzehnte entwickelt, wird die Praxis noch zeigen müssen.

Um einen umfassenden Überblick über die Ökobilanz von wasserlosen Urinalen zu erhalten, muss die "graue Energie" in die Erwägungen einbezogen werden: Dazu gehören neben der zur Herstellung des Urinals benötigten Energie auch die Betriebsenergie und die zur Entsorgung bzw. zum Rezyklieren des Urinals benötigte Energie. Trockenurinale weisen insbesondere während der Betriebsphase ungünstige Energiebilanzen auf. Die zur regelmässigen Reinigung benötigten chemischen Mittel, welche eingesetzt werden müssen, um die mikrobiologische und geruchliche Belastung mangels Wasser zu reduzieren und die Steinbildung zu verhindern (chemische Reinigungsmittel und Sperrflüssigkeit), belasten den Wasserkreislauf zusätzlich. Das Zitat aus der Urimat-Werbung sagt nichts über die Lebensdauer und die für den Betrieb aufzuwendende Energie sowie die damit verbundene Gewässerbelastung der Urimat-Produkte aus.

14. Sitzung vom 7. April 2011

Der Einbau von Trockenurinalen ist nicht ohne Weiteres reversibel. Wenn der Entscheid für wasserlose Urinale einmal gefällt ist, können die entsprechenden Toiletten später nicht problemlos mit konventionellen Urinalen nach- oder umgerüstet werden, da die Wasserzuleitungen fehlen.

Der Stadtrat ist bereit, künftig bei der Renovation oder der Neuerstellung von öffentlichen Bauten den Einsatz von wasserlosen Urinalen im Einzelfall zu prüfen.

Diskussion:

Peter Wettler (SP) dankt dem Stadtrat namens der SP-Fraktion für die Antwort. Es wurden akribisch die negativen Seiten herausgearbeitet, was schade ist. Aber er ist zufrieden damit, dass der Stadtrat bereit ist, künftig bei Renovationen oder der Neuerstellung von öffentlichen Bauten den Einsatz von wasserlosen Urinalen im Einzelfall zu prüfen. Mehr kann man von einem Postulat nicht verlangen. Es tut ihm leid, dass einige Gemeinderätinnen und Gemeinderäte mit Werbematerial eingedeckt worden sind, dies hat er nicht veranlasst.

U1.24. **Spezialabfahren, Sammelstellen, Altautos**

Erweiterung der Entsorgungsmöglichkeiten in Dietikon

Postulat

Philipp Müller, Mitglied des Gemeinderates, und 14 Mitunterzeichnende haben am 3. März 2011 folgendes Postulat eingereicht:

"Ich fordere den Stadtrat auf, die Möglichkeiten der Abfallentsorgung und Abfallwiederverwertung an den Sammelstellen zu erweitern.

Der Stadtrat soll in diesem Rahmen insbesondere die Einführung eines Recyclingsystems für Kunststoffabfälle prüfen und das Entsorgungssystem feingliedriger gestalten.

Begründung:

Viele Einwohner stören sich daran, dass in Dietikon keine Sammelstelle existiert, an welcher sämtliche Abfälle entsorgt werden können. Die Bereitschaft zum fachgerechten Entsorgen von Abfällen kann vergrössert werden, wenn dazu nicht mehr das Aufsuchen von verschiedenen Stationen nötig wäre.

Das bedeutet, dass an mindestens einer Sammelstelle zusätzlich insbesondere die Entsorgung folgender Stoffe ermöglicht werden soll: PET-Flaschen, Batterien/Akkus, Elektroabfälle, Grün- gut/Kompost, Toner/Druckpatronen, Gasflaschen, Spraydosen, Neonröhren, Energiesparlampen, und Plastikabfälle. Bekanntlich ist der Fachhandel verpflichtet, einen Teil der aufgezählten Produkte zurückzunehmen oder es besteht die Möglichkeit, diese abholen zu lassen. Der Wille zum Recycling der Verbraucher kann jedoch verstärkt werden, indem die aufgezählten Produkte zusätzlich via Sammelstellen zurückgeführt werden können. Erfahrungsgemäss geht doch das Zurückbringen von etwas spezielleren Abfallprodukten nur zu gerne vergessen, weil die entsprechenden Stationen nicht gerade zentral gelegen sind.

Bei Plastikabfällen erkennen immer mehr Gemeinden, dass diese nicht verbrannt werden müssen, sondern wiederverwertbar sind und daher sinnvoll und ökologisch genutzt werden können. Zu diesem Zweck soll eine bestehende Sammelstelle so eingerichtet werden, dass Plastikabfälle dort in Zukunft separat abgeliefert werden können. Es gibt verschiedene Abnehmer von solchen Abfällen, welche diese fachmännisch trennen und anschliessend zur Herstellung von Kunststoffen oder zur

14. Sitzung vom 7. April 2011

Ölproduktion verwenden. Die bestehenden Angebote in diesem Bereich sollen sorgfältig geprüft werden.

Aufgrund der nötigen Überwachung und der Verhinderung von missbräuchlichem Entsorgen ist es sinnvoll, die Sammelstelle "Zelgliplatz" entsprechend aufzurüsten."

Mitunterzeichnende:

Martin Romer
Irene Wiederkehr
Rosmarie Joss
René Stucki

Ueli Bayer
Julia Neuenschwander
Peter Wettler
Thomas Wirth

Werner Hogg
Rochus Burtscher
Ernst Joss

Rolf Steiner
Angela Gullo
Catherine Peer

Begründung:

Philipp Müller (FDP) erklärt, dass in Dietikon alles auf legalem Weg entsorgt werden kann. Seine erste Forderung ist, dass auf einer Hauptsammelstelle alles oder praktisch alles abgegeben werden kann. Die Verkaufsstellen sind nicht immer an zentraler Lage, weshalb Abfall dann oft doch anders entsorgt wird. Viele verstehen zum Beispiel nicht, dass PET-Flaschen nicht zentral abgegeben werden können. Dazu braucht es kein grosses Konzept, die Kontaktaufnahme zu den Grossverteilern ist aber sinnvoll. Die zweite Forderung betrifft das Recycling von Plastikabfall. Immer mehr Gemeinden bieten die Möglichkeit zur Wiederverwertung an. Plastik kann wiederverarbeitet oder zur Produktion von Öl genutzt werden.

Ratspräsident René Stucki stellt fest, dass der Stadtrat bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen. Nachdem kein anderer Antrag gestellt wird, gilt es als überwiesen.

S1.0424. Schulsozialarbeit

Schulsozialarbeit

Interpellation

Thomas Wirth, Mitglied des Gemeinderates, hat am 3. März 2011 folgende Interpellation eingereicht:

"Per Anfang 2010 wurde die Schulsozialarbeit (SSA) in Dietikon aufgehoben. Dies, nachdem die Stimmbevölkerung eine Erhöhung auf 290 Stellenprozente abgelehnt und damit die definitive Einführung verhindert hat. Der Stadtrat wird aufgefordert, Bericht darüber zu erstatten, was die allfälligen positiven bzw. negativen Folgen dieser fehlenden Institution sind, und wie sich die Arbeitsbereiche der bisherigen Schulsozialarbeit aufteilen.

Insbesondere interessieren folgende Fragen:

- 1. Was sind generell die Erfahrungen in der Dietiker Schule nach gut einem Jahr ohne Schulsozialarbeit?*
- 2. Hat die Abschaffung der Schulsozialarbeit Mehraufwand generiert? Für wen?*
- 3. Welche Kosten (externe Interventionen, Fallübernahme durch SPD) sind entstanden für Fälle, die bisher durch die SSA betreut wurden?*

14. Sitzung vom 7. April 2011

4. *Wer anstelle der Schulsozialarbeit organisiert die Präventionsprojekte (Suchtprävention, Gewaltprävention, andere)?"*

Begründung:

Thomas Wirth (EVP) erklärt, dass es seit Anfang 2010 die Schulsozialarbeit in Dietikon nicht mehr gibt. Er möchte wissen, wie die Erfahrungen seither sind. In den letzten 20 Jahren hat sich vieles verändert, z. B. die Familienstrukturen, die Medien, die Aufgaben für die Lehrkräfte oder auch die Fülle der Gesetze. Der pädagogische Auftrag ist heikler geworden. Ob diese Veränderungen positiv sind oder nicht, ist eine andere Frage, aber die Lehrkräfte müssen auf Hilfe zurückgreifen können. Er möchte gerne wissen, welche Veränderungen sich aufgrund der Abschaffung der Schulsozialarbeit ergeben haben, ob es Mehraufwand gibt, welche Kosten entstanden sind und wer die Präventionsprojekte organisiert.

O1.3. Informationspolitik, Kontakt zur Bevölkerung

Publikationen aus der Stadtverwaltung

Interpellation

Jörg Dätwyler, Mitglied des Gemeinderates, und 10 Mitunterzeichnende haben am 4. März 2011 folgende Interpellation eingereicht:

"Die August-Ausgabe 2008 der Fachzeitschrift für Architektur und Design "Hochparterre" war vollumfänglich der regen Bau- und Planungstätigkeit der Stadt Dietikon gewidmet. Dem Vernehmen nach handelte es sich dabei um eine so genannte Publi-Reportage.

Auch wurde letztes Jahr im Namen der Stadt Dietikon das Buch "Krone Dietikon Vergangenheit und Zukunft" herausgegeben. In diesem Zusammenhang bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Wieviele Arbeitsstunden der Verwaltung wurden für diese "Publi-Reportage" in der Fachzeitschrift "Hochparterre", bzw. für die Herausgabe des Buches "Krone Dietikon" aufgewendet?*
- 2. Welche Verwaltungsstellen haben den Auftrag erteilt?*
- 3. Welche Kosten sind der Stadt Dietikon entstanden?*
- 4. Welche Ziele wurden angestrebt und wieweit wurden diese erreicht?*
- 5. Inwiefern erachtet es der Stadtrat als Aufgabe der öffentlichen Hand, mittels Publi-Reportage in einem Fachmagazin, bzw. als Herausgeber für das Buch "Krone Dietikon" aufzutreten?*
- 6. Wurden in den letzten Jahren noch weitere Publi-Reportagen in Auftrag gegeben bzw. sind weitere geplant?"*

Mitunterzeichnende:

Stephan Wittwer
Irene Wiederkehr
Markus Erni

Ralph Hofer
Trudi Frey
Erich Burri

Alfons Florian
Rochus Burtscher

Esther Wyss
Roger Bachmann

14. Sitzung vom 7. April 2011

Begründung:

Jörg Dätwyler (SVP) erklärt, dass es nicht um den Inhalt der Publikationen, sondern um grundsätzliche Fragen geht. Dietikon hat Steuerfussausgleich beantragt, weshalb alle Tätigkeiten der Verwaltung zu hinterfragen sind. Die August-Ausgabe 2008 der Zeitschrift "Hochparterre" war vollumfänglich der Stadt Dietikon gewidmet. Im letzten Jahr wurde das Buch "Krone Dietikon Vergangenheit und Zukunft" im Namen der Stadt Dietikon herausgegeben. Als Herausgeberin fungiert die Stadt Dietikon, mitgeschrieben hat unter anderem auch das Hochbauamt. Aus diesem Grund möchte er gerne wissen, wie viele Arbeitsstunden für diese Publikationen verwendet wurden, welche Verwaltungsstellen den Auftrag erteilt haben, welche Kosten entstanden sind, ob die gesteckten Ziele auch erreicht wurden und ob es die Stadt zu ihren Aufgaben zählt, solche Werke zu finanzieren. Das Neujahrsblatt 2011 ist ebenfalls der Krone gewidmet. Zum Teil ist es ein Nachdruck von 1956, ergänzt wurde es durch private Personen - und dies alles, ohne einen direkten Steuerfranken auszugeben.

GV4.321.7. Reden, Ansprachen, Erklärungen

Kantonsratswahlen 2011

Ratspräsident René Stucki gratuliert den neuen bzw. wiedergewählten Dietikern Josef Wiederkehr (CVP), Rolf Steiner (SP), Rosmarie Joss (SP), Andreas Wolf (Grüne) und Rochus Burtscher (SVP) zur Wahl in den Kantonsrat. Dabei äussert er den Wunsch, dass sie im Kantonsrat die Interessen der Stadt Dietikon erfolgreich vertreten.

GV4.321.7. Reden, Ansprachen, Erklärungen

Verabschiedung Rolf Steiner und Adrian Larcher

Der *Ratspräsident* teilt mit, dass Rolf Steiner heute zum letzten Mal an einer Gemeinderatssitzung teilgenommen hat. Rolf Steiner war seit März 2000 im Gemeinderat, davon 8 Jahre als GPK-Präsident. Zudem war er Mitglied der Spezialkommission Gemeindeordnung und im Jubiläumsjahr des Gemeinderates für das Parlamentariertreffen verantwortlich. Beeindruckt hat ihn bei Rolf Steiner die profunden Kenntnisse bei Sachgeschäften oder in administrativen Belangen. Obwohl sich alle auf die Sitzungen vorbereiteten, wusste er oft noch ein bisschen mehr, konnte immer wieder noch einen Trumpf aus dem Ärmel ziehen. Auch bei spontanen Voten war er stets glaubhaft und prägnant. Was er besonders schätzte, war, dass Rolf Steiner nie seine Person in den Vordergrund stellte. Er wünscht ihm alles Gute in seiner weiteren Karriere.

Rolf Steiner (SP) dankt dem Ratspräsidenten für die überreichten Geschenke und erklärt, dass er alle nach der Sitzung zu einem Abschiedstrunk einlädt. Er bittet die Mitglieder des Gemeinderates, ihre Funktion ernst zu nehmen, damit der Gemeinderat als ein selbstbewusstes, autonomes Parlament auftritt, das sich von der Exekutive emanzipiert. Bei einer allfälligen Revision der Gemeindeordnung sollte die Unabhängigkeit vom Stadtrat verstärkt werden. Er wird auch ein paar Dinge im Gemeinderat vermissen, z. B. die Stille, selbst wenn der politische Gegner spricht, ganz anders als im Kantonsrat. Weniger vermissen wird er die aus dem Hochdeutschen übernommenen Relativsätze in Mundart. Zum Abschluss bedankt er sich bei seiner Partei, dass sie ihn mehrfach aufgestellt hat, bei den Wählern für die Wahl, den Mitgliedern des Gemeinderates für die Wahl als GPK-Präsident, beim Stadtrat und der Verwaltung für die Versuche, das Richtige zu machen sowie bei den Medien für das Bemühen, alles zu verstehen.

14. Sitzung vom 7. April 2011

Ratspräsident René Stucki erklärt, dass Adrian Larcher durch ruhige, sachlich gute Voten überzeugt hat. Die grünen Anliegen standen bei ihm klar im Vordergrund. Mühe hatte er, wenn zu viel gesprochen und zu wenig gehandelt wurde. Er wünscht ihm alles Gute für die Zukunft und hofft, dass Adrian Larcher der Politik nicht den Rücken kehren wird.

Adrian Larcher (Grüne) erklärt, dass er aus privaten Gründen wegzieht. Trotz der vielen Niederlagen im Gemeinderat ist er von der Demokratie, wie sie hier gelebt wird, überzeugt. Alle leisten eine wichtige Arbeit und er hat besonderen Respekt vor denen, die schon lange dabei sind. Er wünscht Dietikon weiterhin eine spannende und gute Politik.

Schluss der Sitzung: 21.58 Uhr

Die Richtigkeit des Protokolls bezeugen:

René Stucki
Präsident

Arno Graf
Sekretär-Stv.

Adrian Larcher
Stimmzähler

Philipp Müller
Stimmzähler

Irene Wiederkehr
Stimmzählerin